

Antrag 272/I/2019**Joachim Rahmann (Neukölln)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Rechte Gewalt in Neukölln bekämpfen**

- 1
- 2 • Der Landesparteitag begrüßt die Entscheidung des
- 3 Innensenats, für die Ermittlungen zu den anhal-
- 4 ten rechten Anschlägen in Neukölln die Übernahme
- 5 durch den Generalbundesanwalt prüfen zu lassen.
- 6 • Der Landesparteitag begrüßt ebenfalls die geplan-
- 7 te Einrichtung eines „Gemeinsamen Informations-
- 8 und Bewertungszentrum Rechtsextremismus“, in
- 9 dem die Berliner Polizei und der Berliner Verfas-
- 10 sungschutz gemeinsam Informationen und Lage-
- 11 bilder zusammentragen können, um den Terror der
- 12 extremen Rechten besser verhindern und aufklären
- 13 zu können.
- 14 • Der Landesparteitag fordert die Sicherheitsbehör-
- 15 den dazu auf, den Polizeischutz für die Betroffenen
- 16 rechter Gewalt aufrecht zu erhalten
- 17 • Der Landesparteitag fordert die sozialdemokrati-
- 18 schen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des
- 19 Senats dazu auf, nach Einführung des Amtes eines
- 20 oder einer Polizeibeauftragten dafür Sorge zu tra-
- 21 gen, dass das Amt so ausgestattet wird, dass Unter-
- 22 suchungen von vermuteten Missständen in den Si-
- 23 cherheitsbehörden unabhängig und umfassend ge-
- 24 führt werden können.
- 25 • Der Landesparteitag fordert die sozialdemokrati-
- 26 schen Mitglieder des Senats dazu auf, eine/n Son-
- 27 derermittler*in zu rechter Gewalt in Berlin nach Ab-
- 28 schluss der Ermittlungen einzusetzen. Neben der
- 29 anhaltenden Anschlagsserie auf linke und andere
- 30 zivilgesellschaftliche Akteure in Neukölln soll sich
- 31 der/die Sonderermittler*in u.a. auch mit dem unauf-
- 32 geklärten Mord an Burak Bektas befassen.

33

34

Begründung

36 Brandanschläge, gesprengte Briefkästen, Morddrohun-

37 gen, Überfälle, Angriffe und Verfolgungen! Die Liste der

38 seit 2011 anhaltenden rechten Terrorwelle in Neukölln ist

39 lang. Eine Tat folgt der nächsten und wird immer wie-

40 der von weiteren Vorfällen übertroffen. Die Betroffenen

41 fühlen sich alleingelassen. Es ist unsere Pflicht als so-

42 zialdemokratische Partei in Berlin weiter alles dafür zu

43 tun, um aktiv an der Aufklärung zu arbeiten. Die Einrich-

44 tung des/der Sonderermittler*in ist – neben consequen-

45 tem Verfolgungsdruck auf rechte Netzwerke – der beste

46 Weg, um das Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherzu-

47 stellen. Dieser Weg hat sich auf im Fall Anis Amri mit der

48 Berufung von Bruno Jost bewährt. Wir betonen aber auch,

49 dass es sich bei der Berufung von Sonderermittler*innen

50 um eine Zwischenlösung handelt. Sobald das Amt des/der

51 Polizeibeauftragten eingerichtet und besetzt ist, bietet die-
52 ses Amt eine hervorragende Struktur, um unabhängig Be-
53 denken von Betroffenen nachzugehen.